

# Echnatons View 2018

Arbeitsrelevante Themen  
aus einem anderen  
Blickwinkel betrachtet!

Unabhängige Online-Zeitung für  
Arbeitnehmer und Neugierige!

0

April

4

Ostersonntag, 1. April  
Tag der Auferstehung des Herrn



Betriebsgruppe Amperkliniken: Über 100 Beschäftigte der Helios Amper Kliniken fordern in einer Petition umgehende personelle Entlastung und von der Gewerkschaft Verdi eine Fortführung des Arbeitskampfes.

Verdi, Geschichte eines Verrats!: Was hat die Verdi nicht mit vollmundigen Ankündigungen um sich geworfen. Entlastungstarifvertrag war das Zauberwort, mit dem man dem Personalmangel, dem täglichen Arbeiten in horrenden Unterbesetzungen begegnen wollte.

AMAZON Spanien: Arbeiter bringen im spanischen San Fernando die größte Anlage von Amazon zum stehen. Amazon-Mitarbeiter berichten von erheblichen Druck, der auf verschiedene Angestellte bei inoffiziellen Besprechungen ausgeübt wurde.

Ein Land wandert aus > Immer mehr deutsche verlassen das eigene Land. Laut dem statistischen Bundesamt haben im Jahr 2016 gut 281.000 Deutsche Deutschland verlassen. Im Vergleich zu den Vorjahren verließen jedes Jahr rund 150.000 Menschen Deutschland.

12 Monate das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) > Ende 2016 hatte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf beraten, der den Missbrauch in der Leiharbeit erheblich erschweren sollte.

u.v.m



**März 2018: Petition der "Betriebsgruppe Amperkliniken":** Über 100 Beschäftigte der Helios Amper Kliniken fordern in einer Petition umgehende personelle Entlastung und von der Gewerkschaft Verdi eine Fortführung des Arbeitskampfs.

**Die Petition:** Wir brauchen Entlastung und wir brauchen sie jetzt. Verdi bezeichnet den angebotenen Übergang in den TVöD als historisch. Für uns Beschäftigte sind Arbeitsbelastung und Unterbesetzung historisch. Das erfahren wir tagtäglich und daran ändert auch der TvöD nichts. Etliche Kolleginnen und Kollegen haben sich in der Auseinandersetzung engagiert, weil endlich die Chance bestand unsere Arbeitsbedingungen zu ändern. 97,6% der Gewerkschaftsmitglieder haben für einen Durchsetzungstreik gestimmt, um das zu erreichen. Die einseitige Aussetzung des Arbeitskampfs ist fatal und eine Missachtung des Votums und der grundlegenden Belange aller Beschäftigter. Wir fordern hiermit in aller Deutlichkeit zum Kernanliegen zurück zu kehren. Das heißt Durchsetzung einer konkreten, umfassenden und umgehenden Entlastung. Mit allen dafür nötigen Mitteln.

**Februar 2018: Verdi, Geschichte eines Verrats!:** Was hat die Verdi nicht mit vollmundigen Ankündigungen um sich geworfen. Entlastungstarifvertrag war das Zauberwort, mit dem man dem Personalmangel, dem täglichen Arbeiten in horrenden Unterbesetzungen begegnen wollte. Dabei ruderte Verdi schon Anfang 2017 zurück, als man plötzlich erkannte, dass man Entlastungstarifverträge doch nicht bundesweit durchsetzen wollte. Nur noch rund ein Dutzend „durchsetzungsfähige“ Streikbetriebe sollten übrig bleiben. In Dachau waren es wir Beschäftigte, die die unhaltbaren Arbeitsbedingungen Ende 2016 öffentlich zum Thema machten und u.a. auf einer Podiumsdiskussion dabei mit der Helios Konzernführung hart ins Gericht gingen. Hier geht es nicht um die Arbeitsbedingungen. Diese wurden vielfach durchgekaut. Hier geht es um die, die den KollegInnen Hoffnung machen, um dann hintenherum den Kampf abzuwürgen, ohne auch nur ansatzweise etwas in dieser Richtung erreicht zu haben. / Siehe auch: [Antigen – Verdi, verarscht und verraten](#)

Quelle: [Betriebsgruppe AmperKliniken](#)

## Solidaritätserklärung der Redaktion der LEIHKEULE



Wir verfolgen das Geschehen bei VW mit großem Interesse und wir gratulieren zu eurem mutigen Schritt, den Kampf aufzunehmen und selbst euer Recht einzufordern. Leiharbeiter leisten die gleiche Arbeit wie die Stammbeschäftigten, doch sie werden in vielerlei Beziehung benachteiligt. Nicht nur finanzielle Nachteile, auch das Herumgeschobenwerden zu verschiedenen Einsatzorten und die fehlende Jobsicherheit, bedeuten eine große Beeinträchtigung im Leben.

VW ist berüchtigt für den zynischen Umgang mit seinen Beschäftigten. Gerade ist das Ergebnis der Studie veröffentlicht worden, in der die Verstrickungen des Konzerns in die Verbrechen der Militärdiktatur in Brasilien untersucht wurde. Der VW-Werkschutz hat mit Brasiliens Politischer Polizei zusammengearbeitet und ist gegen aufmüpfige Arbeiter vorgegangen. Es scheint, dass die Ermittlungen gegen den Konzern und die öffentliche Kritik, keine Auswirkung auf die Unternehmenspolitik von VW haben.

### **Profite stehen über Menschenrechten. Auch heute.**

Im chinesischen Changchun wird im FAW-VW Werk das Arbeitsrecht gebrochen, indem man 3000 Leiharbeiter seit über 10 Jahren mit der Hälfte des Lohnes der Stammbeschäftigten abspeist. Dies widerspricht nicht nur den Chinesischen Arbeitsgesetzen, sondern auch der Charta der Leiharbeit, die von Konzern und Gesamtbetriebsrat unterzeichnet worden ist.

Ähnlich wie in Brasilien arbeitet VW mit den Behörden des autoritären Landes zusammen. Die Sprecher der Leiharbeiter wurden auf ihrem Weg ins Personalbüro, wo sie ihre Forderungen vortragen wollten, festgesetzt und in den Räumlichkeiten des Werkes festgehalten bis sie in Polizeigewahrsam kamen. Nach 8 Monaten ist der gewählte Sprecher der Leiharbeiter, Fu Tianbo noch immer in Haft. Die Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats Frank Patta und der Konzernbetriebsrat Bernd Osterloh antworteten auf einen Brief der Kollegen in China und erklärten, sie wüssten nichts von solchen Vorgängen und sie fühlten sich nicht zuständig. Als die deutsche Presse nachhakte, ließ der Betriebsrat erklären, man hätte in Geheimverhandlungen die Probleme in dem Werk Changchun weitgehend geklärt. Wir haben direkte Kontakte zu den Leiharbeitern dort und sie versicherten uns, dies entspreche nicht der Wahrheit. Die Situation der Leiharbeiter in Changchun sei nun noch schwieriger als zuvor. Sie sehen sich von dem Betriebsrat in Deutschland in Stich gelassen, sind aber nicht bereit aufzugeben. Sie setzen auf ihre eigene Kraft und die Solidarität unter Arbeitern. Sie zeigen auch großes Interesse an den Auseinandersetzungen der Leiharbeiter bei VW in Deutschland.

**Wir bemühen uns um einen grenzüberschreitenden Austausch über das Geschehen. Wir schicken euch zu eurem berechtigten Protest solidarische Grüße und werden dazu beitragen, dass euer Protest gehört wird!**

Wir unterstützen eure Forderung nach der Rücknahme der Kündigung der 200 Kollegen!

Wir fordern faire Behandlung der Arbeiter und die Einhaltung des Arbeitsrechts in allen VW-Werken weltweit!

Wir fordern die Abschaffung der Leiharbeit!

---

Der Konflikt in China zeigt, dass die Lage der Leiharbeiter und „Kontraktarbeiter“ dort strukturell absolut vergleichbar ist mit der Lage der Leiharbeitnehmer und Werkvertragsbeschäftigten in Deutschland. **Allerdings:** Die Rechtslage in China ist – absurd genug ! – noch eindeutiger als in Deutschland. Umso unverständlicher ist es aber, dass sich offenbar bis heute weder der „Weltbetriebsrat“ noch der Konzernbetriebsrat in Wolfsburg oder die IG Metall der Sache angenommen haben.

Quelle & Infos: [chefduzen.de](http://chefduzen.de)

---

**AMAZON Spanien: Arbeiter bringen im spanischen San Fernando die größte Anlage von Amazon zum stehen.**



**10. März 2018:** Beschäftigte bei Amazon im spanischen San Fernando bringen die größte Anlage zum stehen. Amazon-Mitarbeiter berichten von erheblichen Druck, der auf verschiedenen Angestellten bei inoffiziellen Besprechungen ausgeübt wurde. Das Arbeiterkomitee des Werks in San Fernando de Henares hat sich bereits besprochen. Mit großer Mehrheit rief das Komitee die Beschäftigten zum Streik auf, um ihre Arbeitsrechte einzufordern.

74% der Stimmen haben Ja zum Streik gesagt. Nachdem ein Amazon-Vertrag mit seinen Mitarbeitern nicht zustande gekommen war, wurde ein neues Szenario mit der branchenspezifischen Vereinbarung eröffnet, die von der Technologie in den übrigen Distributionszentren in Spanien eingeführt wurde. Etwas, dass die Arbeiter von San Fernando nicht akzeptieren wollten. Nach Ablauf der Verhandlungsfrist konnten die

Beschäftigten nun verschiedene Aktivitäten wie Streiks oder rechtliche Maßnahmen mobilisieren und organisieren. In einer Erklärung hat der Ausschuss des Unternehmens betont, dass für die Vertreter der Arbeitnehmer von Amazon der Geschäftsvorschlag zu einer erheblichen Verringerung der Rechte führt, die das San Fernando Logistikzentrum regeln.

Beseitigung der Garantieklausel von Gehaltserhöhung, Senkung von Funktionen und Arbeitsplätzen, dreifache Gehaltsskala, Einfrieren von Gehältern für mehrere Stellen, Senkung des Lohnschutzes bei IT - Verlusten, Beibehaltung der aktuellen Wochenendarbeitsbelastung , Senkung des Preises der außerordentliche Stunde, die Abschaffung von Vermittlungsmaßnahmen, wie z. B. die eigenen Tage oder die Flexibilität der Bediensteten.

Im Gegenzug prangern die Arbeiter durch eine Presseerklärung den Druck des Unternehmens an, da dieses versucht hatte die Entscheidung der Mitarbeiter in den Streik zu treten zu beeinflussen. Ihnen wurde unmissverständlich gesagt, die Streiks unverzüglich zu beenden, bevor es weitreichende Folgen für die Arbeitnehmer nach sich ziehen würde. Die Mitarbeiter wollten mit den Streiks daran erinnern, dass die Arbeitnehmer mit einem unbefristeten Vertrag einer anderen Vereinbarung unterliegen als der Rest. Die Gehälter von festangestellten Arbeitnehmern und IT-Ergänzungen sind die zwei Punkte, die zu mehr Diskrepanzen in den Verhandlungen führten. Darüber hinaus war der Abbau von befristeten Arbeitsverträgen im Werk von Amazon ein weiteres Thema, an das man erinnern wollte.

---

### **Hubertus Heil – Bundesminister für Arbeit und Soziales**

**10. März 2018:** Hubertus Heil ist seit dem 14. März 2018 offiziell Arbeits- & Sozialminister. Seinerzeit war er einer der Strippenzieher, um die Schröderschen Hartz IV Gesetze durch zu setzen, jetzt ist ausgerechnet er Arbeitsminister. Als Bundesminister für Arbeit und Soziales muss Hubertus Heil nun Profil zeigen und eine vernünftige Rentenreform auf den Weg bringen, sowie annehmbare Lösungen bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes anbieten. Mit der richtigen Herangehensweise an die Problematiken hat Hubertus Heil nun die Chance das Vertrauen der Menschen für die SPD zurückzugewinnen. Sollte er allerdings vor allem der arbeitenden Bevölkerung in den Rücken fallen – So wie Andrea Nahles –

wird es sehr dunkel um die SPD herum werden. Wenn die SPD also wirklich einen Erneuerungsprozess in Gang setzten will, müssen die neuen Ministerinnen und Minister endlich Rückrad zeigen. Vor allem müssen Sie eine Politik für die Menschen im Land machen und sich nicht nur einseitig auf die Wirtschaft und die Arbeitgeber konzentrieren. Ex Bundeskanzler Schröder hat mit seiner Agenda 2010 und den Hartz IV Gesetzen schon genug massiven Schaden bei der Bevölkerung angerichtet, also kann und muss der neue Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil genau hier ansetzen!





**16. März 2018: Privatisierung und ihre Auswirkungen** > Immer häufiger kommt es in Deutschland zur Privatisierung von Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen. Damit ist gemeint, dass ehemals öffentliche Infrastruktur wie Wohnraum, Wasser und Energieversorgung, Bahn, Post, Schulen, Kliniken, Straßen, Müllabfuhr aber auch staatliche

Versicherungen (Krankenversicherung, Rentenversicherung...) durch private, gewinnorientierte Unternehmen betrieben werden. Nach der noch immer vorherrschenden Meinung sind private Unternehmen dazu wesentlich besser in der Lage als der Staat. Außerdem sollen durch den freien Wettbewerb die Preise sinken. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (etwa im Telekommunikationsbereich) waren die Auswirkungen bisheriger Privatisierungen negativ bis katastrophal. Fast überall kam es zu einer Verschlechterung der Infrastruktur in Verbindung mit oft stark steigenden Preisen. Man braucht keinen Dokortitel in Ökonomie, um zu verstehen, warum das so ist: Unternehmen – insbesondere große Konzerne – arbeiten strikt gewinnorientiert. 10, 15 oder sogar 20 Prozent Rendite müssen jährlich schon drin sein. Dreimal dürfte ihr raten, wer diese horrenden Renditen bezahlen darf: Du als Mieter, Gebührenzahler und Kunde. Privatisierung ist ein MultiMilliardenGeschäft. Abgesehen von Waffen und Drogenhandel lassen sich kaum sonst derart hohe Gewinne erzielen – im Gegensatz zu diesen ist Privatisierung aber nicht nur völlig legal, sie wird sogar von der Politik gezielt gefördert. In Deutschland wird die Privatisierung von zahlreichen Politikern aus CDU, SPD und insbesondere der FDP vorangetrieben. Hier drängt sich doch die Frage auf: Ist das nur reine Dummheit (bzw. Naivität) oder schon politische Korruption? Fest steht jedenfalls, dass sowohl Politiker (über Lobbyisten) als auch gewöhnliche Bürger (über die Medien) massiv im Sinne der Privatisierung manipuliert werden. Lasst Euch also nicht länger von den Medien für dumm verkaufen. Hinterfragt Berichte und Artikel insbesondere dann, wenn es um Privatisierung geht.



**16. März 2018: Ein Land wandert aus** > Immer mehr deutsche verlassen das eigene Land. Laut dem statistischen Bundesamt haben im Jahr 2016 gut 281.000 Deutsche Deutschland verlassen. Im Vergleich zu den Vorjahren verließen jedes Jahr rund 150.000 Menschen Deutschland. Zwar kehren gut Eindrittel der Auswanderer nach spätestens einem Jahr zurück, doch Zweidrittel bleiben ihrer Heimat für immer fern. Unter den

Abwanderern waren auch gut 4.000 Millionäre und vor allem Deutsche mit einer hohen Bildungsqualität. Vor 2015 war es hauptsächlich der Wunsch nach einem besseren Lebensstandard. Seit 2015 ist es jedoch vor allem die politische und gesellschaftliche Entwicklung, die die Deutschen dazu bringt das eigene Land zu verlassen. Die Auswanderer glauben nicht mehr daran, dass die Politik Maßnahmen gegen die

zunehmende Verarmung im Land in Gang setzen wird, und sich zudem um die Sicherheit der Bundesbürger ernsthaft kümmert. Raub, Einbruch, Vergewaltigungen und sogar Tötungsdelikte prägen mittlerweile das Gesamtbild Deutschlands. Die Auswanderer fühlen sich einfach nicht mehr sicher im eigenen Land. Gerade bei Rentnern wird auswandern besonders in Betracht gezogen, da sie auch mit einer kleinen Rente woanders ein besseres Leben führen können als in Deutschland. Aber auch die jüngere Generation versucht sich im Ausland eine neue Existenz aufzubauen. Viele fürchten sich vor der drohenden Altersarmut in Deutschland. Ein weiterer Grund ist die katastrophale Arbeitsmarktsituation, die durch die Agenda 2010 und den dazugehörigen Hartz IV Gesetzen ausgelöst wurde, dazu beigetragen haben. Viele deutsche Auswanderer sehen sich hierdurch genötigt, erpresst und ausgebeutet. Zudem sind die Arbeitsbedingungen im Ausland wesentlich besser geregelt und der Job wird auch besser entlohnt. Während die Arbeitgeber in Deutschland permanent den Fachkräftemangel beklagen, nicht bereit sind bessere Arbeitsbedingungen und entsprechende Entlohnung zu schaffen, hat die Politik währenddessen viel Zeit damit verschwendet ungläubig zuzusehen wie jedes Jahr immer mehr Deutsche auswandern. Nur langsam findet in der Wirtschaft und der Politik ein Umdenken statt. Arbeitnehmer die ins Ausland ausgewandert sind will man nun umwerben und zur Rückkehr bewegen. Doch hierfür müssen erst mal die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Solange es sich für die Auswanderer nicht lohnt, sehen diese keinerlei Grund nach Deutschland zurückzukehren!...

---



### **30. März 2018: 12 Monate das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)**

> Ende 2016 hatte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf beraten, der den Missbrauch in der Leiharbeit erheblich erschweren sollte. Hierzu hatte der Bundestag diesen Gesetzentwurf mit einigen Abänderungen schließlich verabschiedet, sodass dieser am 01.04.2017 in Kraft getreten war. Doch diese Abänderungen führten lediglich dazu, dass den Arbeitgebern und den Gewerkschaften genügend Raum geboten wurde, um das nun

geltende Gesetz zu umgehen. Eigentlich sollten Leiharbeiter seitdem nur noch bis zu einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten in den Betrieben eingesetzt werden dürfen. Durch die Abänderungen des Bundestages kann jedoch dieser Zeitraum durch einen Tarifvertrag oder einer Betriebsvereinbarung problemlos auf eine längere Laufzeit abgeändert werden. Dies hatte z.B. die IG Metall nur kurz nach Einführung des neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes mit den Arbeitgebern genauso vereinbart. Hier wurde einfach eine Laufzeit von 48 Monaten abgeschlossen. Zusätzlich sollen Leiharbeiter nach neun Monaten Dauerbeschäftigung dem Arbeitsentgelt der Stammbesellschaft gleichgestellt werden. Auch hier klappt das in der Praxis leider nur sehr selten. So werden Leiharbeiter maximal neun Monate in einem Betrieb dauerbeschäftigt und kurz vor Ablauf dieses Zeitraumes von den Unternehmen bei den Leihfirmen abbestellt. Stattdessen werden im selben Atemzug andere Leiharbeiter bei den selben Leihfirmen geordert, die dann wiederum bis zu neun Monaten in den gleichen Betrieb eingesetzt werden wie ihre Kolleginnen und Kollegen zuvor. Also kann somit von Equal Pay - Gleiche Bezahlung – keinerlei Rede sein, wie es im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehen war.

So sind die Auswirkungen des neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für die Leiharbeiter alles andere als vorteilhaft. Die Änderungen haben nun nach einem Jahr aufgezeigt, dass diese in der Praxis problemlos ausgehebelt werden können und nur den Arbeitgebern zugute kommen und nicht den Leiharbeitern.

---

1. April 2018

